

Resolution der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag vom 23. Mai 2016

„Engagierte Belegschaft – Starker Mobilitätskonzern: Volkswagen braucht neue Ideen und den Zukunftspakt“

Mit der Volkswagen AG ist in Niedersachsen nicht nur der größte europäische Automobilhersteller und der im Hinblick auf Beschäftigung und Umsatz größte deutsche Konzern beheimatet, sondern auch ein Unternehmen mit einer einzigartigen Sozialverfassung, die auf alle 119 Produktionsstandorte des Konzerns ausstrahlt und zum Ruf Deutschlands als Mutterland von Mitbestimmung und sozialer Marktwirtschaft beiträgt.

Um die niedersächsischen Standorte Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Hannover, Osnabrück und Emden mit 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lagern sich leistungs- und beschäftigungsstarke Zuliefer- und Forschungscluster, die vor allem Südost-Niedersachsen zu einer der Forschungs- und Entwicklungsintensivsten Regionen Europas machen und Niedersachsen in Deutschland und Europa zu Ansehen und Einfluss verhelfen.

Durch die Manipulation von Diesel-Motoren befindet sich Volkswagen in der schwersten Glaubwürdigkeitskrise seiner Unternehmensgeschichte. Die lückenlose Aufarbeitung des Skandals ist wichtig, um aus den gemachten Fehlern zu lernen und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die neue Konzernleitung unter Matthias Müller erste Zeichen für Transparenz gesetzt hat.

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag unterstützt das Unternehmen auf diesem Weg und will dazu beitragen, dass Volkswagen die Krise zum Aufbruch in ein neues Zeitalter der Mobilität nutzt. Ministerpräsident Stephan Weil und Minister Olaf Lies treiben als VW-Aufsichtsräte sowohl die Aufarbeitung der Diesel-Krise wie die organisatorische und kulturelle Neuaufstellung des Konzerns voran. In engem Schulterschluss mit den gewählten Belegschaftsvertretern setzen sie sich nachdrücklich dafür ein, dass die Beschäftigten nicht die Zeche für die Fehler einiger Manager zahlen müssen.

Mögliche Versuche, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens wegen des entstandenen Schadens zu benachteiligen, weist die SPD-Fraktion entschieden zurück. Dank des Engagements der IG Metall konnte zum Glück in den gerade abgeschlossenen Tarifverhandlungen eine solche Benachteiligung abgewendet werden.

Die unverantwortlichen Angriffe interessierter Kreise auf die bewährte und beispielhafte Mitbestimmung im VW-Konzern weisen wir entschlossen zurück. Ausdrücklich bekennen wir uns zum Engagement des Landes Niedersachsen als wichtiger Anteilseigner am VW-Konzern. Nachdrücklich begrüßen und unterstreichen wir deshalb die im VW-Gesetz festgelegte Verantwortung des Landes Niedersachsen.

Die SPD-Fraktion fordert das Management des Volkswagen Konzerns dazu auf, mit langfristigen und zukunftsorientierten Initiativen die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit von Volkswagen zu sichern. Ziele sind:

- der Erhalt aller niedersächsischen Standorte der Volkswagen AG und der damit verbundenen Zuliefererstrukturen,
- der Aufbau neuer hochwertiger Industriearbeitsplätze,
- die erfolgreiche Bewältigung des technologischen Wandels zur Entwicklung schadstoffarmer Antriebe wie Hybrid-, Wasserstoff-, Elektroantrieben sowie besonders energiesparender Verbrennungsmotoren,
- der Erhalt der Mitbestimmungsstrukturen bei Volkswagen sowie

- die Förderung ressourcenschonender Produkte und Produktionstechniken.

Volkswagen braucht deshalb einen tragfähigen Zukunftspakt für seine Standorte und die dort Beschäftigten.

Die SPD-Fraktion sieht, dass Volkswagen seit Bekanntwerden des Skandals erhebliche Anstrengungen unternimmt, um wieder ein vertrauenswürdiger gesellschaftlicher Akteur zu werden. Bernd Osterloh hat in seiner Rede im Niedersächsischen Landtag am 7. März 2016 zu einer breiten Diskussion über Volkswagen eingeladen. Dieses Dialogangebot möchten wir annehmen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion muss das Unternehmen aber eine Reihe von Erwartungen erfüllen, um das Vertrauen von Politik und Zivilgesellschaft zurückzugewinnen. Hierzu gehören:

- Eine schonungslose und transparente Krisenaufarbeitung.
- Ein konsequenter Fokus auf die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Krisenfolgen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.
- Die Erarbeitung und Umsetzung eines wegweisenden Zukunftspaktes.
- Energische Schritte in Richtung Transformation zum vernetzten Mobilitätsanbieter.
- Ein nachhaltiger Kompetenzaufbau in der zukunftsrelevanten Batterieforschung und Unterstützung des Forschungsclusters in Niedersachsen.
- Eine Stärkung der Mobilitätswirtschaft (PKW, LKW, Bus) im Bereich der Sicherheitstechnik.